

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 28 | 12.07.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl I 55/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Finanzierung politischer Parteien (**Parteiengesetz 2012** – PartG) geändert wird (faire Bedingungen für alle politischen Parteien bei der Finanzierung und Verhinderung der Einflussnahme durch Großspenden auf politische Parteien; Spendenobergrenze von € 7.500,-- pro Kalenderjahr für alle Spender; Spendenobergrenze pro politischer Partei von € 750.000,-- pro Kalenderjahr; Klarstellungen beim Begriff der politischen Partei; verpflichtender jährlicher Rechenschaftsbericht für jede politische Partei; Herabsetzung der [ersten] Überschreitungsgrenze der Wahlkampfkosten auf 10 %; gestaffelte Geldbußen in Abhängigkeit von der Höhe der Überschreitung; Einführung eines Wahlkampfmonitorings)

### [BGBl I 56/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz, mit dem die **Tätigkeit der Klubs der wahlwerbenden Parteien im Nationalrat und im Bundesrat erleichtert** wird, geändert wird (Sicherstellung einer Frauenquote von 40 % in den parlamentarischen Klubs; Erhöhung der Summe an Fördermitteln bei Erreichen dieser Quote)

### [BGBl I 57/2019](#)

Bundesverfassungsgesetz, mit dem das **Bundes-Verfassungsgesetz** geändert wird (Einrichtung einer Disziplinarkommission bei der Parlamentsdirektion zur Erlassung von Disziplinarerkenntnissen und zur Entscheidung über Suspendierungen hinsichtlich der Beamten der Parlamentsdirektion, des Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft)

### [BGBl I 58/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Heeresdisziplinargesetz 2014, das Poststrukturgesetz, das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz und das Bundes-Personalvertretungsgesetz geändert werden (**2. Dienstrechts-Novelle 2019**) (Schaffung einer zentralen Bundesdisziplinarbehörde für alle Bundesbeamten; Professionalisierung der Entscheidungsfindung durch den Einsatz hauptberuflich tätiger Vorsitzender in den Spruchkörpern [Disziplinarsenaten]; Verbesserung der Disziplinarentscheidungen und dadurch Erhöhung der Rechtssicherheit; Vereinheitlichung der Spruchpraxis in den Disziplinarverfahren; Erhöhung der Kostentransparenz im Disziplinarwesen; Anpassungen im Personalvertretungsrecht des Bundes)

### [BGBl III 102/2019 \(Anlage\)](#)

Kundmachung der Bundeskanzlerin betreffend Änderungen der Anlagen A und B zum Europäischen Übereinkommen über die internationale **Beförderung gefährlicher Güter** auf der **Straße** (ADR)

### [BGBl III 103/2019](#)

Kundmachung der Bundeskanzlerin betreffend die **Beendigung** des Übereinkommens zwischen Österreich und **Lettland** über die **Auslieferung und Rechtshilfe in Strafsachen**

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 183 v 09.07.2019, 6](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2019/1170 der Kommission vom 8. Juli 2019 zur Änderung und Berichtigung der Verordnung (EG) Nr 29/2009 zur Festlegung der Anforderungen an **Datalink-Dienste** im einheitlichen **europäischen Luftraum**

### [ABI L 186 v 11.07.2019, 1](#)

Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über die **Vermarktung und Verwendung** von Ausgangsstoffen für **Explosivstoffe**, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1907/2006 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr 98/2013

### [ABI L 186 v 11.07.2019, 21](#)

Verordnung (EU) 2019/1149 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Errichtung einer **Europäischen Arbeitsbehörde** und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr 883/2004, (EU) Nr 492/2011 und (EU) 2016/589 sowie zur Aufhebung des Beschlusses (EU) 2016/344

### [ABI L 186 v 11.07.2019, 57](#)

Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von **Fairness** und **Transparenz** für gewerbliche Nutzer von **Online-Vermittlungsdiensten**

### [ABI L 186 v 11.07.2019, 80](#)

Richtlinie (EU) 2019/1151 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 im Hinblick auf den Einsatz **digitaler Werkzeuge** und **Verfahren** im **Gesellschaftsrecht**

### [ABI L 186 v 11.07.2019, 105](#)

Richtlinie (EU) 2019/1152 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über **transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen** in der Europäischen Union

### [ABI L 186 v 11.07.2019, 122](#)

Richtlinie (EU) 2019/1153 des europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Festlegung von Vorschriften zur Erleichterung der **Nutzung von Finanz- und sonstigen Informationen** für die Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung bestimmter **Straftaten** und zur Aufhebung des Beschlusses 2000/642/JI des Rates

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

#### 17.06.2019, [G 75/2019](#)

**Stmk VergaberechtsschutzG**; Kompetenzwidrigkeit einer Bestimmung des Stmk VergaberechtsschutzG; Zuständigkeit des Bundes zur Festlegung gesondert anfechtbarer Entscheidungen ist Teil des „**materiellen Vergaberechts**“

17.06.2019, [E 1832/2019](#)

**StaatsbürgerschaftsG**; Verletzung im Gleichheitsrecht durch Abweisung des Antrags auf Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft bei **Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit**; Gleichheitswidrigkeit wegen Nichtvornahme der Prüfung des Privat- und Familienlebens auf Grund des Staatsbürgerschaftserwerbs durch Verleihung

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

03.04.2019, [Ro 2018/08/0017](#)

**ASVG**; § 11 Abs 2 2. Satz ASVG stellt ausdrücklich nur auf eine „**Ersatzleistung für Urlaubsentgelt**“ ab; um eine solche handelt es sich bei der Abgeltung von **Sabbaticalzeitguthaben** nach dem Kollektivvertrag für private Sozial- und Gesundheitsorganisationen in Vorarlberg nicht; mögen mit dem Sabbatical-Anspruch auch teilweise ähnliche Ziele verfolgt werden wie mit dem Urlaubsanspruch, so besteht ein wesentlicher Unterschied doch darin, dass es im Fall des Sabbatical-Anspruchs nach zehn Jahren sogar zwingend zu einer Abfindung nicht verbrauchter Guthaben zu kommen hat, während eine Ablöse des Urlaubs bei aufrechter Dienstverhältnisses nicht zulässig ist; die Urlaubersatzleistung gewährleistet vor diesem Hintergrund letztlich die Möglichkeit einer Konsumation des Urlaubs nach Ende des Dienstverhältnisses, was ihre fiktive Aufteilung über den ganzen Zeitraum des offenen Urlaubsanspruchs und damit auch eine dementsprechende Verlängerung der Pflichtversicherung rechtfertigt

10.04.2019, [Ra 2018/06/0330](#)

**Vbg BauG**; wenn der Bauwerber vermeint, das **Einbringen von Erdnägeln auf dem Nachbargrundstück** sei als bloß vorübergehende Benützung eines fremden Grundstücks iSd § 14 Vbg BauG anzusehen, welche das Vorliegen einer **liquiden Zustimmung** des Nachbarn nicht erfordere, ist auszuführen, dass die Erdnägeln im Boden verbleiben sollen, wodurch eine dauerhafte Inanspruchnahme des Grundstücks des Nachbarn erfolgt, selbst wenn den Erdnägeln nach Errichtung des Bauwerks keine Funktion mehr zukommen sollte; es handelt sich daher nicht um eine bloß vorübergehende Benützung eines fremden Grundstücks; die Zustimmung des Grundeigentümers muss „liquid“ vorliegen, dh, es darf nicht strittig sein, ob der Grundeigentümer seine Zustimmung erteilt hat

25.04.2019, [Ra 2018/09/0209](#)

**VStG**; die Anwendung des § 45 Abs 1 Z 4 VStG setzt voraus, dass die dort genannten Umstände kumulativ vorliegen; um daher eine Einstellung des Verfahrens nach dieser Vorschrift oder eine Ermahnung iSd § 45 Abs 1 letzter Satz leg cit vornehmen zu können, müssen erstens die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes, zweitens die Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat und drittens das Verschulden des Beschuldigten gering sein; für die **Erteilung einer Ermahnung** iSd § 45 Abs 1 leg cit aufgrund der Milderungsgründe der langen Verfahrensdauer und des seither gegebenen Wohlverhaltens – die allenfalls Grund für eine außerordentliche Strafmilderung nach § 20 leg cit sein können – bietet § 45 Abs 1 Z 4 leg cit keine Grundlage

25.04.2019, [Ra 2019/07/0035](#)

**VwGG**; Behörden (wie auch VwG) haben dafür Sorge zu tragen, dass durch **organisatorische Vorkehrungen** eine **rasche Entscheidung einer Rechtssache** möglich ist; diese Pflicht gilt auch für die Wahrung der Frist zur Erhebung einer Revision an den VwGH; gerade für die Bearbeitung fristgebundener Rechtssachen hat eine Behörde Vorkehrungen zu treffen, um im Falle längerer Urlaubs- oder Krankheitsabsenzen entsprechend rechtzeitig agieren zu können

30.04.2019, [Ra 2018/10/0154](#)

**Ktn NaturschutzG**; § 31 Abs 3 Ktn NaturschutzG begründet eine Verpflichtung des über ein Naturdenkmal Verfügungsberechtigten, bei Gefahr im Verzug die zur **Abwendung von Gefahren notwendigen Vorkehrungen an Naturdenkmalen** unter möglicher Schonung ihres Bestands zu treffen, nicht aber einen eigenen Genehmigungstatbestand; dies wird insb durch die Verpflichtung nach § 31 Abs 3 zweiter Satz leg cit deutlich, die zur Abwendung von Gefahren getroffenen Maßnahmen „der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen“

28.05.2019, [Ro 2019/05/0012](#)

**BauO für Wien**; die **Baubewilligung** (§ 60 Abs 1 lit d BauO für Wien) ist jedenfalls „vor Beginn“ der Abbrucharbeiten zu erwirken, dies ist aber dann nicht notwendig, wenn § 62a leg cit zur Anwendung kommt

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Sbg 02.07.2019, [405-7/604/1/15-2019](#)

**Lohn- und Sozialdumping-BekämpfungsgG**; grundsätzlich sind die **Unterlagen** (ZKO-Meldung, A 1-Sozialversicherungsdokument, Lohnunterlagen) immer am Arbeitsort bereitzuhalten; lediglich in den in § 21 Abs 2 Lohn- und Sozialdumping-BekämpfungsgG angeführten Fällen ist eine abweichende **Bereithaltung** zulässig; damit die Bereithaltung entsprechend der angeführten Ausnahme im Inland rechtlich zulässig ist, muss die bestimmte Person in der Entsendemeldung angeführt sein; für Entsendungen genügt demnach auch die Bereithaltung oder elektronische Zugänglichmachung durch die in § 21 Abs 2 Z 4 leg cit präzisierten inländischen berufsmäßigen Parteienvertreter iSd Wirtschaftstreuhandberufsg, der RAO bzw der NotariatsO

LVwG Vbg 27.06.2019, [LVwG-1-301/2017-R7](#)

**GlücksspielG**; **AVG**; ein ehemaliger **Geschäftsführer einer gelöschten Ltd** nach englischem Recht ist nicht befugt, ein etwaig (noch) in Österreich belegen Vermögen der gelöschten Gesellschaft zu vertreten

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

[08.07.2019, Rs C-543/17, Kommission/Belgien](#)

**Vertragsverletzung** eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von **Hochgeschwindigkeitsnetzen** für die elektronische Kommunikation – Richtlinie 2014/61/EU – Unterbliebene Umsetzung und/oder Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen – Art 260 Abs 3 AEUV – Antrag auf Verurteilung zur Zahlung eines Zwangsgelds in Form eines Tagessatzes – Berechnung der Höhe des Zwangsgelds

[10.07.2019, Rs C-649/17, Amazon EU](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 2011/83/EU – Art 6 Abs 1 Buchst c – Informationspflichten bei Fernabsatzverträgen und außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen – **Pflicht** des Unternehmers, ‚gegebenenfalls‘ seine **Telefonnummer** und seine **Telefaxnummer** anzugeben – Umfang

[10.07.2019, Rs C-722/17, Reitbauer ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Gerichtliche Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen – **Ausschließliche Zuständigkeiten** – Art 24 Nrn 1 und 5 – Rechtsstreitigkeiten, die dingliche Rechte an unbeweglichen Sachen und die Zwangsvollstreckung aus Entscheidungen zum Gegenstand haben – Verfahren der **gerichtlichen Versteigerung** einer **Liegenschaft** – Widerspruchsklage gegen die Verteilung des Erlöses dieser Versteigerung

[10.07.2019, Rs C-19/18 P, VG/Kommission](#)

Rechtsmittel – Schadensersatzklage gegen die Europäische Kommission – Entscheidung der Kommission, eine Zusammenarbeit im Rahmen des Netzwerks **Team Europe** zu beenden – **Schadensersatz** – Von der Kommission erhobene Einrede der Unzulässigkeit – Vertragliche oder deliktische Natur des Rechtsstreits

[10.07.2019, Rs C-26/18, Federal Express Corporation Deutsche Niederlassung](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Art 202 und 203 – Einfuhrzölle – Entstehung einer Zollschuld aufgrund **zollrechtlichen Fehlverhaltens** – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst d und Art 30 – Einfuhrmehrwertsteuer – Steuertatbestand – Begriff der Einfuhr eines Gegenstands – Erfordernis des Eingangs des Gegenstands in den Wirtschaftskreislauf der Europäischen Union – **Weiterbeförderung** des Gegenstands in einen anderen Mitgliedstaat als den, in dem die Zollschuld entstanden ist

#### [10.07.2019, Rs C-39/18 P, Kommission/lcap ua](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Sektor der Zinsderivate in japanischen Yen – Beschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung gegen Art 101 AEUV und Art 53 EWR-Abkommen festgestellt wird – Verantwortlichkeit eines Unternehmens für seine Rolle als **Unterstützer** des Kartells – Berechnung der Geldbuße – Begründungspflicht

#### [10.07.2019, Rs C-89/18, A](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Assoziierungsabkommen **EWG-Türkei** – Beschluss Nr 1/80 – Art 13 – Stillhalteklausele – **Familienzusammenführung** von Ehegatten – Neue Beschränkung – Zwingender Grund des Allgemeininteresses – Erfolgreiche Integration – Wirksame Steuerung der Migrationsströme – Verhältnismäßigkeit

#### [10.07.2019, Rs C-163/18, HQ ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen – Annullierung des Fluges – Unterstützungsleistungen – Anspruch auf **Erstattung** der Flugscheinkosten durch das Luftfahrtunternehmen – Art 8 Abs 2 – Pauschalreise – Richtlinie 90/314/EWG – **Konkurs** des **Reiseveranstalters**

#### [10.07.2019, Rs C-210/18, WESTbahn Management](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verkehr – Einheitlicher europäischer Eisenbahnraum – Richtlinie 2012/34/EU – Art 3 – Begriff ‚Eisenbahninfrastruktur‘ – Anhang II – **Mindestzugangspaket** – Einbeziehung der Benützung von **Personenbahnsteigen**

#### [10.07.2019, Rs C-249/18, CEVA Freight Holland](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollkodex – Zollanmeldung – **Fehlerhafte Angabe** der Unterposition der Kombinierten Nomenklatur – Nacherhebungsbescheid – Art 78 des Zollkodex – Überprüfung der Anmeldung – Änderung des Transaktionswerts – Art 221 des Zollkodex – Frist für die **Verjährung** des Rechts auf Erhebung der Zollschild – Unterbrechung

#### [10.07.2019, Rs C-273/18, Kuršu zeme](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Recht auf **Vorsteuerabzug** – Art 168 – **Lieferkette** – Verweigerung des Rechts auf Vorsteuerabzug aufgrund dieser Lieferkette – Verpflichtung der zuständigen Steuerbehörde, eine missbräuchliche Praxis nachzuweisen

#### [10.07.2019, Rs C-410/18, Aubriet](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freizügigkeit – Gleichbehandlung – Soziale Vergünstigungen – Verordnung (EU) Nr 492/2011 – Art 7 Abs 2 – **Finanzielle Studienbeihilfe** – Gebietsfremde Studierende – Voraussetzung, die an die Dauer der Tätigkeit ihrer **Eltern** im Inland anknüpft – Mindestdauer von fünf Jahren – Referenzzeitraum von sieben Jahren – Berechnungsweise des Referenzzeitraums – Zeitpunkt der Beantragung der finanziellen Beihilfe – **Mittelbare Diskriminierung** – Rechtfertigung – Verhältnismäßigkeit

#### [11.07.2019, Rs C-697/17, Telecom Italia](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Vergabe** öffentlicher **Liefer- und Bauaufträge** – Richtlinie 2014/24/EU – Art 28 Abs 2 – Nicht offenes Verfahren – Zur Abgabe eines Angebots zugelassene Wirtschaftsteilnehmer – Notwendigkeit der Wahrung der rechtlichen und tatsächlichen Identität zwischen dem in der Vorauswahl berücksichtigten Bewerber und dem Bewerber, der das Angebot abgibt – Grundsatz der **Gleichbehandlung der Bieter**

#### [11.07.2019, Rs C-716/17, A](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freizügigkeit der **Arbeitnehmer** – Beschränkungen – Eröffnung eines **Entschuldungsverfahrens** – Wohnsitzerfordernis – Zulässigkeit – Art 45 AEUV – Unmittelbare Wirkung

### 11.07.2019, Rs C-91/18, *Kommission/Griechenland (Tsipouro)*

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Verbrauchssteuern** auf Alkohol und alkoholische Getränke – Art 110 AEUV – Richtlinie 92/83/EWG – Richtlinie 92/84/ EWG – Verordnung (EG) Nr 110/2008 – Anwendung eines niedrigeren Verbrauchsteuersatzes auf die Herstellung inländischer Erzeugnisse mit der Bezeichnung **Tsipouro** und **Tsikoudia**

### 11.07.2019, verb Rs C-180/18, C-286/18 u C-287/18, *Agrenergy*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 2009/28/EG – Art 3 Abs 3 Buchst a – Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen – Erzeugung elektrischer Energie durch **Fotovoltaikanlagen** – Änderung einer **Förderregelung** – Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes

### 11.07.2019, Rs C-416/18 P, *Azarov/Rat*

Rechtsmittel – Restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in der **Ukraine** – Einfrieren von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen – Liste der Personen, Organisationen und Einrichtungen, deren Gelder und wirtschaftliche Ressourcen eingefroren werden – Beibehaltung des Namens des Rechtsmittelführers – **Beschluss** einer **Behörde eines Drittstaats** – Verpflichtung des Rates, zu prüfen, ob dieser Beschluss unter Wahrung der Verteidigungsrechte und des Rechts auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz gefasst wurde

### 11.07.2019, Rs C-502/18, *České aerolinie*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verkehr – Gemeinsame Regelung für **Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen** für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 5 Abs 1 Buchst c – Art 7 Abs 1 – Anspruch auf Ausgleich – Flug mit **Umsteigen** – Flugverbindung aus zwei von **unterschiedlichen Luftverkehrsunternehmen** durchgeführten Flügen – Große Verspätung, die beim zweiten, von einem Unternehmen mit Sitz in einem Drittland durchgeführten Flug aufgetreten ist, dessen Abflug- und Ankunftsort außerhalb der Europäischen Union liegen

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

### 09.07.2019, Rs C-414/18, *Iccrea Banca (GA Campos Sánchez-Bordona)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zulässigkeit – Unzuständigkeit des nationalen Gerichts für die Kontrolle der Rechtmäßigkeit der Rechtsakte des Einheitlichen Abwicklungsausschusses – Pflicht zur Anfechtung der Rechtsakte des Einheitlichen Abwicklungsausschusses vor dem Gericht – Harmonisierung von Rechtsvorschriften – Bankenunion – **Sanierung** und **Abwicklung** von **Kreditinstituten** – Ordentliche und außerordentliche Beiträge zum nationalen Abwicklungsfonds – Festsetzung von im Voraus erhobenen Beiträgen zum **Einheitlichen Abwicklungsfonds** für das Jahr 2016 – Beiträge von Genossenschaftsbanken – Anpassung entsprechend dem Risikoprofil – Art 5 Abs 1 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/63 – Ausschluss bestimmter Verbindlichkeiten bei der Beitragsberechnung

### 11.07.2019, Rs C-298/18, *Grafe und Pohle (GA Sharpston)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2001/23/EG – **Übergang** von Unternehmen oder Betrieben – Wahrung von Ansprüchen der **Arbeitnehmer** – Betrieb **öffentlicher Busverkehrsdienste** – Übernahme durch ein neues Unternehmen von Tätigkeiten eines anderen Unternehmens nach einem Verfahren zur Vergabe eines öffentlichen Auftrags

### 11.07.2019, verb Rs C-355/18 bis C-357/18 u C-479/18, *Rust-Hackner (GA Kokott)*

Vorabentscheidungsersuchen – Direktversicherung (**Lebensversicherung**) – Richtlinien 90/619/EWG, 92/96/EWG, 2002/83/EG und 2009/138/EG – **Rücktrittsrecht** – Fehlende oder fehlerhafte Belehrung über die Voraussetzungen für die Ausübung dieses Rechts – Erlöschen des Rücktrittsrechts – Rechtsfolgen des Rücktritts

### 11.07.2019, Rs C-395/18, *Tim (GA Campos Sánchez-Bordona)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2014/24/EU – **Vergabe** öffentlicher Aufträge – Fakultative Ausschlussgründe – Ausschluss eines Wirtschaftsteilnehmers von der Teilnahme an einem Ausschreibungsverfahren wegen Verstößen eines von

ihm vorgeschlagenen Unterauftragnehmers – Nichteinhaltung von umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen nach Art 18 Abs 2 – **Ausschluss** des **Bieters** – Art 71 – Art 57 Abs 4 Buchst a

#### 11.07.2019, verb Rs C-469/18 u C-470/18, Belgische Staat (GA Kokott)

Vorabentscheidungsersuchen – Besteuerung – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – **Gerichtliche Überprüfung** eines **Steuerbescheids** – Zuständigkeit des Gerichtshofs im Rahmen der Einkommensteuerfestsetzung – Verwertung eines angeblich unter Verletzung des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens erlangten Beweismittels durch die Steuerverwaltung – Verpflichtung des Richters, diese Beweismittel außer Acht zu lassen

## **C. GERICHT**

#### 09.07.2019, T-53/18, Deutschland/Kommission

Rechtsangleichung – Verordnung (EU) Nr 305/2011 – Verordnung (EU) Nr 1025/2012 – **Bauprodukte** – Harmonisierte **Normen** EN 13341:2005 + A1:2011 und EN 12285-2:2005 – Begründungspflicht

#### 11.07.2019, T-582/15, Silver Plastics und Johannes Reifenhäuser/Kommission

Wettbewerb – **Kartelle** – Markt für **Lebensmittelverpackungen** für den Einzelhandel – Beschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung gegen Art 101 AEUV festgestellt wird – Beweis für die Beteiligung am Kartell – Einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung – Grundsatz der Waffengleichheit – Konfrontationsrecht – Mitteilung über Zusammenarbeit von 2006 – Erheblicher Mehrwert – Zurechenbarkeit der Zuwiderhandlung – Leitlinien von 2006 für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen – Gleichbehandlung – Obergrenze der Geldbuße

## **V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

#### **08.07.2019, Beschwerde Nr 54012/10, Mihalache / Rumänien (GK)**

**Verletzung** von **Art 4 7. ZPEMRK** (Verbot der Doppelbestrafung und -verfolgung); **Weigerung** des Bf, sich im Rahmen einer polizeilichen Kontrolle einer **Blutuntersuchung** zur Messung des Alkoholgehalts zu unterziehen; **Verhängung** einer **Geldstrafe** gegen den Bf im Jahr 2008; ein höherrangiger Staatsanwalt hob die bereits rechtskräftige Entscheidung auf; **Wiederaufnahme** des Verfahrens im Jahr 2009; Verhängung einer einjährigen Gefängnisstrafe; der Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 5.000,--

#### **09.07.2019, Beschwerde Nr 41261/17, Volodina / Russland**

**Verletzung** von **Art 3 EMRK** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) und **Verletzung** von **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot); **keine Handlung** zum **Schutz** der Bf vor ihrem **gewalttätigen Ex-Partner** durch die russischen Behörden; **keine ausreichende gesetzliche Grundlage** in der russischen Rechtsordnung, um Frauen vor Gewalt zu schützen; die Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 20.000,--

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Wiss.-Mit. Clara Buder.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.